

Per Email

An die Mitglieder  
des Grossen Rates  
des Kantons Bern

Bern, 8. März 2022

## Standpunkt der Berner Haus- und KinderärztInnen zur Frühlingssession des Grossen Rates

Sehr geehrte Frau Grossrätin, sehr geehrter Herr Grossrat

In der laufenden Frühlingssession behandeln Sie das nachfolgend erwähnte Geschäft. Es handelt sich um eine Motion zur psychiatrischen Versorgung im Kanton Bern. Es ist uns wichtig, Ihnen dazu kurz die Haltung der ärztlichen Grundversorgerinnen und Grundversorger zur Kenntnis zu bringen.

---

### Traktandum 37: Sich zuspitzende Lage bei der psychiatrischen Versorgung im Kanton Bern (Gabi Schönenberger, Motion 243-2021)

Die Motionärin adressiert, so viel vorweg, ein seit vielen Jahren bestehendes Problem. Fachpersonen auch aus dem Kanton Bern, auch wir, weisen seit langem auf die teilweise prekären Versorgungssituationen hin, darunter auch die Berner Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie (BGPP). Mit Corona hat sich diese Situation teils dramatisch zugespitzt, insbesondere bei der Versorgung von Kindern und Jugendlichen. Erst letzte Woche hat eine neue Studie darauf hingewiesen, dass es immer mehr Kindern und Jugendlichen in der Schweiz psychisch schlechter geht. Wichtig zu wissen: Die Studien-Daten der über 30'000 einbezogenen Kinder und Jugendlichen stammen noch aus der Zeit kurz vor der Corona-Pandemie. Es ist hinlänglich bekannt, dass Corona in allen Bevölkerungsteilen und vor allem bei Kindern und Jugendlichen mit Vorbelastungen die Lage noch einmal verschärft hat.

Fakt ist: Die Versorgungssituation im Kanton Bern ist schlecht. Die Wartezeiten sind viel zu lange, auch in Akutsituationen, es fehlen Angebote. Wir Hausärztinnen und Kinderärzte sind in unserer täglichen Arbeit mit dieser Unterversorgung konfrontiert, z.B. wenn wir über Monate keine Therapieplätze finden oder Kinder und Jugendlichen an Einrichtungen überweisen müssen, die für sie eigentlich nicht geeignet sind. Wir wissen, dass gerade bei psychischen Krankheiten und Belastungen schnelles Handeln und frühzeitige therapeutische Interventionen langwierige und auch teure Folgen von Chronifizierungen verhindern können. Ganz abgesehen davon, dass rasche Hilfe für Betroffene und ihre Angehörigen in Krisensituationen per se wichtig ist.



Wie in der Hausarztmedizin auch liegt das Problem in der Psychiatrie in erster Linie beim Fachkräftemangel: Es gibt schlicht und einfach zu wenige Psychiaterinnen und Psychiater, und die Situation spitzt sich weiter zu. Daran wird kurz- und mittelfristig auch die Umstellung auf das Anordnungsmodell nichts wesentlich ändern. Der Regierungsrat anerkennt in seiner Antwort zwar die bestehenden Probleme, erklärt sich indes weder für verantwortlich noch für dafür zuständig, diese anzugehen. Konsequenterweise ist er denn auch nicht bereit, die Motion im Sinne eines konkreten Auftrags entgegenzunehmen, sondern nur in Form eines Postulats.

Die Haus- und Kinderärztinnen haben kein Verständnis für diese passive Haltung des Regierungsrats, wie er sie in seiner Antwort zum Ausdruck bringt. Immerhin verpflichtet Art. 41 der Kantonsverfassung die Behörden zur Sicherstellung einer ausreichenden medizinischen Versorgung der Bevölkerung. Die Motion löst die bestehenden Probleme zwar nicht, sie nimmt den Regierungsrat aber in die Pflicht, schnell nach Wegen zu suchen, wie er das in seiner Kompetenz und seinen Möglichkeiten Stehende unternehmen kann, um so rasch als möglich eine Verbesserung der Situation zu erreichen. Die Einführung differenzierter Honorare könnte man beispielsweise ernsthaft prüfen, Weiterbildungsstellen in Praxen analog zur Praxisassistenz bei den Haus- und Kinderärzten ebenfalls, Förderung der Interprofessionalität mit Sicherung der Entschädigungen für nicht ärztliches Personal wäre ein weiterer Ansatz. Zudem kann der Regierungsrat seine Stimme auch national einbringen, sei es, indem er auf die unverzügliche Einführung von Tardoc pocht oder zu den Diskussionen um Globalbudgets Stellung bezieht, die ihres dazu beitragen, dass kaum noch ein Anreiz besteht, sich für die Psychiatrie, zumal in freier Praxis, zu entscheiden. Die wirtschaftlichen Unsicherheiten sind zu beträchtlich und die Entschädigung über den Tarif seit vielen Jahren schlicht viel zu niedrig.

**Wir bitten Sie, dafür besorgt zu sein, dass der Regierungsrat tätig wird, und empfehlen Ihnen, die Motion in allen Punkten als Motion anzunehmen und zu überweisen, und nicht als Postulat.**

---

Für Ihre Unterstützung der haus- und kinderärztlichen Anliegen danken wir Ihnen bestens. Selbstverständlich stehen wir bei Fragen und für Diskussionen jederzeit gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Dr. med. Corinne Sydler  
Co-Präsidentin, Hausärztin



Dr. med. Stefan Roth  
Co-Präsident, Kinderarzt